

61020

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Auch wenn es immer noch prominente Leugner des Klimawandels wie zum Beispiel den amerikanischen Präsidenten Trump gibt, so ist die Tatsache des Klimawandels mittlerweile doch unumstößlich.

71001

Es geht nicht mehr um die Frage, ob, sondern nur noch um die Frage, wie stark und wie schnell der Klimawandel kommen wird. Die Größenordnung seiner Folgen ist schwer zu kalkulieren. Fest steht, dass er mittel- und langfristig weltweit katastrophale Ausmaße annehmen wird. Auch in Deutschland, auch in Bayern nehmen die Hochwasser zu. Bereits heute verschlingen Gegenmaßnahmen und Schadenersatz gewaltige Summen des Volks- und Privatvermögens. Das Pariser Weltklimaabkommen, aus dem die USA schon wieder aussteigen wollen – aber vielleicht besinnen sie sich doch noch einmal anders –, hat das Ziel, die Erwärmung der Atmosphäre auf 1,5 bis 2 Grad zu begrenzen. Dies erfordert von allen Ländern radikales Umdenken. Angesichts dessen, dass Deutschland seine Klimaziele absehbar nicht erreichen wird, sollte zumindest Bayern alles Erdenkliche tun, um seiner Rolle als Vorreiter gerecht zu werden.

71002

Dazu gehört natürlich, erst einmal die gesetzlichen Rahmenbedingungen zu schaffen. Die Anpassung der Bayerischen Verfassung ist sowohl Voraussetzung als auch Begründung dafür, dass einschneidende Gesetze überhaupt eingebracht und verabschiedet werden können. Zum Beispiel könnten auf diese Weise die erneuerbaren Energien noch stärker vorangebracht werden. Bereits 2009 hat Professor Kahl von der Universität Heidelberg in einem Gutachten erklärt, dass der Text der Bayerischen Ver-

fassung, die sich ja immer als Vollverfassung verstanden hat, nicht länger zu einer der wichtigsten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts schweigen kann. Eine Verfassung, die zum Klimaschutz schweigt, ist nicht auf der Höhe der Zeit. Wir haben hierüber schon vor einigen Jahren im Parlament gesprochen.

71003

Es ist ganz wichtig festzustellen, dass Klimaschutz nicht nur Umweltschutz ist. Umweltschutz steht in der Bayerischen Verfassung, aber beim Umweltschutz geht es primär um die regionale Umwelt, nicht um globales Denken. Um globales Denken geht es dagegen beim Klimaschutz. Zahlreiche Maßnahmen, die vor allem gegen die Wirtschaft durchgesetzt werden müssten, würden durch einen Verfassungsrang des Klimaschutzes besser unterstützt.

71004

Ein weiterer wichtiger Punkt: Die Wahlergebnisse am letzten Sonntag haben gezeigt, wie sich Flucht und Migration auf unser Land auswirken. Man schätzt, dass auch die Zahl der Klimaflüchtlinge immer mehr zunehmen wird. Die aktuellen Klimaveränderungen verschärfen andere Herausforderungen wie Hunger und Armut. Sie führen auch zu neuen Flüchtlingsströmen. Den Klimaschutz in die Bayerische Verfassung aufzunehmen bedeutet also konkret, auch Fluchtursachen zu bekämpfen. Auf diese Weise kann mittel- und langfristige dazu beigetragen werden, dass die Menschen in ihren Herkunftsländern bleiben. Bayern sollte grundsätzlich darauf dringen, dass in diesem Punkt auch andere Bundesländer mitziehen. Die Politik hat die Aufgabe, den Klimaschutz umzusetzen, ihre Aufgabe für den Klimaschutz ernst zu nehmen und vorbildlich

zu handeln. Dann wird es einen Schub geben, der mehr Ökostrom zu den Verbrauchern bringt.

71005

Der Klimaschutz hat auch sehr viele gewinnbringende Aspekte. Es geht hier in erheblichem Umfang um die Förderung der regionalen und dezentralen Wertschöpfung, die sich aus der Energiewende ergibt. Staat und Kommunen können die Energieerzeugung aus erneuerbaren Rohstoffen auf diese Weise viel leichter umsetzen. Der Klimaschutz in der Verfassung muss von einer Reihe flankierender Maßnahmen begleitet werden. Wir haben dazu schon einmal Anträge gestellt, etwa zum Thema der klimaneutralen Verwaltung, die schon einige Bundesländer, wie Hessen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz umgesetzt haben. Solche Dinge müssen vom Staat und den Kommunen angestoßen werden. Wir werden auf diese Forderung noch einmal zurückkommen. Es ist wichtig, dass die Kommunen auch hier mit gutem Beispiel vorangehen.

71006

Im Bundestagswahlkampf hat der Klimaschutz keine entscheidende Rolle gespielt. Ich erinnere aber daran, dass im Jahr 2010 in einer Online-Petition bereits 363.000 Unterschriften für die Aufnahme des Klimaschutzes in das Grundgesetz gesammelt wurden. Daran sieht man, dass der Klimaschutz den Bürgern in Deutschland und Bayern sehr wichtig ist. Deshalb hoffe ich, hier im Landtag mit unserem Gesetzentwurf offene Türen einzurennen. In Österreich, genauer in Vorarlberg, ist der Klimaschutz bereits Bestandteil der Verfassung.

71007

Unser Gesetzentwurf ist bewusst knapp gehalten. Wir wollen einfach nur die Bayerische Verfassung um das Wort "Klima" ergänzen. Das ist weder juristisch noch inhaltlich angreifbar und kann aus vernünftigen Gründen eigentlich nicht abgelehnt werden. Wir hoffen auf Ihre Zustimmung. – Danke schön.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)